Quartiersrat Heerstraße, c/o Quartiersmanagement Heerstraße, Blasewitzer Ring 32, 13593 Berlin

Offener Brief des Quartiersrates Heerstraße zum Rückkauf des GSW-Wohnungsbestandes im Quartier Heerstraße durch das Land Berlin

Der Quartiersrat Heerstraße als wichtigstes Entscheidungsgremium im Rahmen des vom Land Berlin geförderten Quartiersverfahrens fordert den Senat von Berlin auf, dafür Sorge zu tragen, dass der offenbar wieder zum Verkauf stehende Wohnungsbestand der GSW im Quartier Heerstraße von einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft erworben wird.
Damit könnte der Senat die negativen Auswirkungen der Privatisierung von landeseigenen Wohnungen wenigstens teilweise rückgängig machen und die Bewohnerinnen und Bewohner der ca. 2.800 GSW-Wohnungen in der Großsiedlung Heerstraße Nord vor weiterer Verunsicherung und Verschlechterung ihrer Wohn- und Lebensverhältnisse bewahren. Außerdem könnten so die öffentlich geförderten Investitionen z.B. im Wohnumfeld und Einrichtungen wie das Kulturzentrum Gemischtes gesichert werden.
Aus Sicht des Quartiersrates Heerstraße darf die Chance nicht vertan werden, jetzt durch Rückkauf den bestehenden Wohnraum für die hier lebenden Bewohner/innen zu bezahlbaren Mieten zu sichern, statt auf teuren Neubau in den nächsten Jahren zu setzen, der die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen nicht decken wird. Eine weitere Verdrängung derjenigen, die am Wohnungsmarkt nicht mithalten können, führt zu einer Zunahme der sozialen Schieflagen und zu Konflikten in der Stadt, die mit den Zielsetzungen des Programms Soziale Stadt nicht vereinbar sind. Auch die Aufnahme des Gebietes Heerstraße in das Programm Stadtumbau West spricht für den Rückkauf, damit nicht mit öffentlichen Mitteln geförderte Aufwertung zur Verdrängung der ansässigen Bevölkerung missbraucht werden kann.
Der Senat ist mit der Aufnahme des Gebietes Heerstraße für eine Stabilisierung des Gemeinwesens und Verbesserung der Lebenschancen der Bevölkerung im Sinne einer solidarischen Stadt angetreten: Der Quartiersrat Heerstraße fordert den Senat auf, hierfür durch Rückkauf privatisierter Wohnungsbestände eine wesentliche Grundlage zu schaffen.

Beschlossen vom Quartiersrat Heerstraße
Berlin, den 17. Februar 2015